

"Professor Dr. Thomas Sandkühler, HU Berlin, Geschichtsdidaktik"

Nachdem in den ersten Jahrzehnten der neueren Geschichtsdidaktik (1970er und 80er Jahre) Konsens darüber zu bestehen schien, dass das Objektivitätsproblem in der Geschichtswissenschaft weder positivistisch noch allein konstruktivistisch gelöst werden könne, hat die postmoderne Auffassung, historische Sinnbildungen seien im Wesentlichen ein Sprachspiel, das keine Wahrheiten außerhalb seiner selbst kenne, an Boden gewonnen.

Dieser Vorgang ist mit politischen Positionsbestimmungen eng verbunden. Gegen Universalien und den Wahrheitsbegriff zu streiten gilt als progressiv; das entschiedene Bekenntnis zum Partikularismus unterschiedlicher Sinnbildungen, oft vorgetragen im Gestus des Postkolonialismus, gilt als angemessene Antwort auf die Herausforderungen einer globalen Welt, die auf die Prädominanz westlicher Zeitordnungen und Chronologien meint verzichten zu sollen.

Die geschichtstheoretische Infragestellung von universellen Werten ist im Grunde eine historistische Auffassung, die man noch vor ein paar Jahrzehnten als konservative Stellungnahme zur Welt bezeichnet hätte. Aber das politische Koordinatensystem und die Regeln des Sagbaren haben sich nachhaltig verschoben.

Unverfrorene Lügen des amerikanischen Präsidenten, die dem Publikum als alternative Wahrheiten verkauft werden, in Verbindung mit einer zunehmenden und hasserfüllten Kritik an vermeintlichen Eliten werfen neuerdings allerdings die Frage auf, ob es nicht doch historische Wahrheiten gibt, die gegen ihre systematische Infragestellung verteidigt werden müssen. Wer, wie der Autor dieser Zeilen, auf einem solchen Erfordernis besteht, sieht sich schnell dem Vorwurf eines altmodischen Positivismus ausgesetzt, der aber wiederum vorrangig politisch, nicht wissenschaftlich begründet wird.

Indes scheint kein Dissens darüber zu bestehen, dass bestimmte Fakten, die ich einmal als forensische bezeichnen möchte, nicht geleugnet, in Abrede gestellt, verfälscht werden dürfen. Man braucht hierbei nicht einmal nur an Auschwitz zu denken, also den Gegenstand der berühmten Auseinandersetzung zwischen Saul Friedländer und Hayden White. Der verbitterte Kampf der liberalen Öffentlichkeit beispielsweise in der Republik Südkorea gegen die systematische Leugnung nachweisbarer Verbrechen unter den verschiedenen Diktatoren Südkoreas ist ein ebenso passendes Beispiel.

In polemischer Zuspitzung könnte man sagen, dass sich nur Gesellschaften, die nicht mehr mit ostentativem Vergessen und staatsoffizieller Lüge konfrontiert sind, den Luxus leisten können, die Wahrheit in der Geschichte zu verabschieden. In Deutschland, wo der Erinnerungsbegriff inflationär aufgebläht und seiner politische Funktion weitgehend entkleidet ist, mag das noch hingehen. In anderen Weltregionen ist jedoch das Bekenntnis zur Wahrheit unabdingbar, um demokratische Gesellschaften hervorzubringen.

Wenn es aber zutrifft, dass stattgefundene Verbrechen, die anhand der historischen Überlieferung bewiesen werden können, nicht geleugnet werden *können*, geht der postmodernen Geschichtsauffassung ein wesentlicher Teil ihrer Begründungsstrategien verloren. Richard Evans hat dies Ende der 1990er Jahre mit Verve vorgetragen.

Die geschichtstheoretische Aufgabe, die sich gegenwärtig stellt, ist zunächst einmal eine begriffliche Präzisierung von "Fakten" und "Wahrheit", wobei an weitgehend vergessene Theorie-Traditionen etwa bei Arthur Danto zu erinnern ist.

Ferner, und das ist neu, muss geklärt werden, was Wahrheit und Authentizität unterscheidet und wie mit der Suche des Publikums nach eben jener Authentizität umgegangen werden soll, der eine beträchtliche Glaubensbereitschaft entgegengebracht wird, während man gleichzeitig wie selbstverständlich davon ausgeht, dass es Wahrheit in der Geschichte nicht gebe. Die Anmutung der Wahrhaftigkeit scheint größeren Wert zu haben als die Nachweisbarkeit der Tatsächlichkeit.

Für die Geschichtsdidaktik liegt hierin manche Herausforderung. Schülerinnen und Schüler waren bisher oft der Meinung, dass Quellen die Wahrheit sagen und Darstellungen lügen. Inzwischen scheint sich in den Klassenzimmern die Auffassung durchgesetzt zu haben, eine aktive Teilhabe an der politischen Kultur der Bundesrepublik setze das Bekenntnis zur Erinnerung voraus, ohne dass das Erinnernte selbst auf seinen Wahrheitsgehalt hinterfragt werden dürfe.

Subkutan schleicht sich die Ahnung ein, dass es nicht erwünscht ist, nach dieser Wahrheit zu fragen, weil Lehrerinnen und Lehrer der Wahrheitsfrage systematisch ausweichen und sich in Relativismus flüchten. Es fragt sich dann allerdings, woher Schülerinnen und Schüler das Instrumentarium nehmen sollen, postfaktische Lügen als solche zu erkennen und abzuwehren. Denn auch die Technik des Lügens hat sich deutlich verändert: Platte Leugnung findet kaum noch statt, dafür jedoch eine systematische Überschreitung von Grenzen des Sagbaren, die aus Unsicherheiten über deren Definition Profit schlägt und von der Skandalisierung des Gesagten profitiert."